

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt



Hauptblatt und gelesenste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und angrenzenden Gebieten. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten. Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage. Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22.

Verkaufsweg: Jeden Montag abends für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 3.75, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 4.—, durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 11.25 ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen, Postbestellungen, sowie Zeitungsaufträge und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postfach-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. — **Gemeindefach-Konto:** Amt Bischofswerda Nr. 84. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Besizer keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Grundzeile (Zm. No. 14) oder deren Raum 120 Hg., örtliche Anzeigen 80 Hg. Im Tagesblatt (Zm. No. 14) 200 Hg., die 6-spaltige Zeile. Bei Wiederholungen Nachschlag nach fröhlicheren Sätzen. — Amtliche Anzeigen die 6-spaltige Zeile 150 Hg. — Für bestimmte Tage oder Plätze wird kein Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 128

Sonnabend, den 4. Juni 1921.

75. Jahrgang.

Die Aussprache im Reichstag.

Berlin, 2. Juni. Es ist alles andere, nur kein großer Tag. Haus und Tribünen mäßig besucht, die unerträgliche Hitze legt sich bleiern selbst auf den Kampfmut der Kommunisten und dämpft ihn. Das Kabinett ist geschlossen erschienen. Den Reden der Redner zum Regierungsprogramm ersetzte der sozialdemokratische Abg. Wels. Er verteidigte die Annahme des Ultimatums als den einzigen möglichen Weg zur Rettung des Ruhrgebietes und zur Sicherung Oberschlesiens und erhob gegen das Kabinett Fehrenbach den Vorwurf, daß es Deutschland kein Vertrauen in der Welt geschaffen habe. Es sei immer noch besser, daß wir blutenden Herzens und im Schweiß unseres Angesichts die Lasten des Krieges tragen, als daß die Franzosen ins Land kämen und sich mit Gewalt alles nehmen. Die schweren finanziellen Lasten dürften nicht auf die Schultern der wirtschaftlichen Schwachen abgewälzt werden, sie müßten in erster Linie von Handel und Industrie getragen werden, und die weitere Belastung des Kapitals sei selbstverständlich. Die Ausführungen sei ein Urding, die Entente sollte uns freistellen, auf welchem Wege wir die Zahlungen ausbringen. Wels freut sich, daß die „Kriegsverbrecher“ in Deutschland endlich bestraft werden. Von den Kriegsverbrechern unserer Feinde, die frei umherlaufen, schweigt er. Warum auch so peinliche Punkte berühren, wenn man immer noch an die internationale Verbrüderung glaubt! Die Rede war stark durchsetzt von polemischen Ausfällen gegen die Rechte und auch gegen die Volkspartei, und sie blieb ohne besondere Wirkung auf das Haus.

Daselbe Geschick hatte die kürzere Rede des Zentrumsgl. Beder-Arnberg, der namens seiner Freunde erklärte, daß sie bereit seien, die Konsequenzen aus der Annahme des Ultimatums rückhaltlos zu ziehen, daß man aber auch mit allem Nachdruck die Beseitigung der Sonttionen im Rheinland fordern müsse.

Die Deutschnationalen schieden den Abg. Edler v. Braun vor. Die Opposition hat nunmehr das Wort. Aber auch jetzt will sich noch keine Stimmung einstellen, trotzdem Braun der Regierung deutlich zu verstehen gibt, daß man ihr verdammt wenig Vertrauen entgegenbringt. Es ist zweifellos, daß System in dieser allgemeinen Zurückhaltung des Hauses liegt. Einige kühne Kritiken sprechen sogar von Stumpfsinn. Ständen Herr Helfferich oder Graf Westarp auf der Tribüne, dann würde Herr Adolf Hoffmann bereits seine Sprengkolonnen losgelassen haben. Aber so? Es lohnt sich nicht! Eine sehr peinliche Frage richtet Herr von Braun an den Minister Rathenau. Rathenau war Gegner der U n t e r s c h r i f t, ganz entschieden, mit Leib und Seele. Nun ist er doch in das „Erfüllungskabinett“ eingetreten und strakt seine eigenen Grundsätze. U g e n, Herr Rathenau wird unruhig und stößt mit Dr. Wirth, der meint ab. Nur keine Aufregung! In dieser Zeit der „verdorbenen Hände“ kommt es auf einen kleinen Bestimmungsnied mehr oder weniger nicht an. Ein Schönheitsfehler, über den man hinwegsieht. Immerhin, Herr Rathenau kommt nicht darum herum, hierzu ein Sprüchlein zu sagen und in der Tat, er meldet sich beim Präsidenten zum Wort.

Unmittelbar nach Herrn von Braun folgt

Rathenau aus Jungferrede.

Schnell fällt sich der Saal. Der Minister spricht nicht unempfindlich, stellenweise sogar recht gut, wenn man ihm auch nicht auf allen seinen Wegen, besonders dem des Optimismus wegen Frankreichs, folgen kann. Der Eindruck der Ausführungen geht aber durch verschiedene Zwischenfälle verloren. Zuerst nannte Rathenau den Vorredner zu verschiedenen Malen „Erzengel Edler von Braun“, Bedebour bekommt einen blauroten Kopf und fuchtel mit den Armen. Unerhörtes ist geschahen! Der Vizepräsident R i e h e r erhebt sich und läßt Rathenau mit, daß der Titel in diesem hohen Hause nicht genannt werden dürfen. Schallendes Gelächter! Der Minister bekommt seine Unbewandtheit mit den Formen! Und nun beginnt ein Spiel, das die völlige Hilflosigkeit des Vizepräsidenten R i e h e r zeigt. Von verschiedenen Seiten werden Zwischenrufe gemacht, auf die Rathenau eintritt. Der Bärn möchte, R i e h e r klopf mit dem Finger auf den Tisch und denkt nicht an seine Glorie. Man brüllt vor Lachen! Schließlich erhebt sich R i e h e r, nachdem ein Vertrauter ihm etwas ins Ohr geflüstert hat und erhebt unter Zwischenrufen, daß „Der Redner nicht auf alle Zwischenrufe antworten dürfe“. Tösende Heiterkeit. Herr R i e h e r merkt seinen Fehler nicht und wiederholt die Aufforderung an Rathenau, was den Redner aus dem Konzept bringt. Rufe von Tribünen: „Wischen lassen! Wischen lassen!“ Auch hört man Schreien. Einmal die Zwischenrufer zurückzu-

weisen, hat R i e h e r ein Verbot für den Redner erlassen. Endlich legt sich der Bärn. Der Vizepräsident erhebt die Abgeordneten, sich auf ihre Sitze zu begeben, was man auch tut, nur die Kommunisten kehren sich nicht daran. Rathenau kann fortfahren.

Kurz zusammengefaßt, betonte der neue Außenminister zu den Angriffen der Rechten, daß er in dieses Ministerium eingetreten sei, weil kein anderer zur Stelle war und heute ist er doch in das „Erfüllungskabinett“ eingetreten und jeder im Dienste des Vaterlandes mitwirken müsse.

Dann holt der Reichskanzler selbst zu einer kurzen, aber scharfen Attacke gegen die Deutschnationalen aus, weil der Redner dieser Partei von „jüdischem Kapital“ gesprochen habe. Wirth fühlt sich verpflichtet, die in Betracht kommenden Minister seines Kabinetts vor solchen Angriffen zu schützen.

Mit dem Unabhängigen Hentz, der nach dem Kanzler folgte, wurde die Aussprache geschlossen. Der Saal hat sich vollständig geleert, kaum 20 Abgeordnete blieben zurück. Stresemann wird erst am Freitag seine Rede halten.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird der Reichstag wahrscheinlich nur bis Ende Juni zusammenbleiben. Man will sich dann vielleicht bis zum September vertagen, um der Regierung die Möglichkeit zu geben, die großen Steuerprojekte in aller Ruhe durchzuführen.

Berlin, 3. Juni. (Draht.) Laut „Berl. Lokalzeitung“ werden die Reichstagsfraktionen der Regierungsparteien heute vormittag den endgültigen Wortlaut ihrer Erklärung zur Programmrede des Reichskanzlers festsetzen. Die Erklärung wird voraussichtlich so formuliert werden, daß sowohl für die Deutsche Volkspartei als auch für die Unabhängigen keine Bedenken bestehen, für sie zu stimmen oder zum mindesten sich der Stimme zu enthalten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat laut „Vorwärts“ beschloffen, folgenden Antrag zu stellen: Der Reichstag wolle beschließen, den Reichskanzler zu eruchen, die Urteile der Sondergerichte unter dem Gesichtspunkte möglicher Begnadigung nachprüfen zu lassen, und dem Reichspräsidenten bloße Mitläufer der Aufrührerbewegung in weitem Umfange zur Begnadigung zu empfehlen.

Die Presse zu der Kanzlerrede.

Die Programmrede des Reichskanzlers Dr. Wirth findet die uningeschränkte Zustimmung der Koalitionspresse. Lebhafteste Kritik übt dagegen die rechtsstehende Presse. Die „Tägliche Rundschau“ schreibt: „Der Reichskanzler jähle auf, was seine Regierung schon alles getan hat und was alles ihr zu tun noch übrig bleibt, um das Ultimatum zu erfüllen. Es läuft einem kalt den Rücken hinunter. Demütiger und gefügiger kann man wirklich nicht sein. Alle Forderungen und Wünsche der Entente sind anerkannt und werden erfüllt. Und wenn neue Wünsche und Forderungen kommen — nur keine Sorge, deutsches Volk, auch sie werden anerkannt und erhalten damit ihren Rechtstitel vor der ganzen Welt. Und erfüllt werden sie selbstverständlich auch bis zum letzten Groschen, aus dem sich eine Goldmark gewinnen läßt. Besteuerungen aller Art: Körperschaftsteuer, Börsensteuer, Nachsteuer, Neuorganisation der Finanzämter zur schnelleren und gründlicheren Durchführung der schon geschaffenen Steuern, Branntweinsteuer, Biersteuer, Zuckersteuer, Tabaksteuer, Kohlensteuer. Alles muß für die Entente „ausgeschöpft“ werden. Und wenn nichts mehr da ist? Dann wird, nach Herrn Wirth, die Entente in ihrem erprobten Gerechtigkeitsinn sich endlich zufrieden geben, Deutschland in Gnaden wieder in die Gemeinschaft der zivilisierten Völker aufnehmen, und endlich erscheint dann das neue demokratische, friedfertige Europa. So liest der Reichskanzler es von seinem Konzept ab, ohne mit der Wimper zu zucken. Wenn bis dahin nur überhaupt noch etwas von Deutschland übrig ist. Herr Wirth baut Luftschlösser, daß einen der Schwindel packt. „Der Sinn für Gerechtigkeit ist in der Welt nicht erloschen“, predigt dieser deutsche Kanzler am 1. Juni 1921. Immer noch!“

Die Lage in Oberschlesien.

Oppeln, 3. Juni. (Draht.) Die Lage in Oberschlesien hat gestern eine wesentliche Änderung erfahren. Die schweren Ausschreitungen der Insurgenten im Kreise Rosenberg dauern an. Meldungen über die Fortsetzung des in der Gegend von Großschönau zum Stillstand gekommenen Vorkampfes

der englischen Truppen liegen bisher noch nicht vor. Der deutsche Bevollmächtigte in Oppeln ist erneut bei der Interalliierten Kommission wegen Verschleppung des Abgeordneten Hartmann vorstellig geworden. Die Interalliierte Kommission hat dem Grafen Trautmanitz mitgeteilt, sie habe Nachforschungen eingeleitet und würde so bald wie möglich vom Ergebnis der zur Freilassung eingeleiteten Schritte Kenntnis geben. Der deutsche Bevollmächtigte ist angewiesen, nachdrücklich die sofortige Freilassung des Abgeordneten Hartmann weiter zu betreiben.

Berlin, 2. Juni. (Draht.) Heute trifft voraussichtlich der englische Kommandant in Oppeln ein. Es ist anzunehmen, daß dann eine endgültige Entscheidung über die Verwendung der englischen Truppen erfolgen wird. Die Engländer stehen ungefähr 3 Kilometer von Großschönau entfernt.

Das Urteil im Neumann-Prozess.

Leipzig, 2. Juni. In dem Kriegsbeschuldigten-Prozess gegen den Arbeiter Neumann-Güstow wurde am Donnerstag mittag 12 Uhr vom zweiten Strafsenat des Reichsgerichts das Urteil verkündet. Der Angeklagte wurde wegen Mißhandlung in zwölf Fällen und wegen Beleidigung in einem Falle zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die Unteruchungshaft wird dem Angeklagten angerechnet.

Die neue Gewerbesteuer vor dem Landtag.

In der Donnerstagssitzung beschäftigte sich der Landtag mit einem einzigen Tagesordnungspunkt und zwar mit der Vorlage der Regierung über die neue Gewerbesteuer, die in ihren Grundzügen einen ausgesprochen gewerbefreudigen Charakter trägt und die Stellung der Sozialisten zum Mittelstand deutlich zum Ausdruck bringt. Finanzminister Hecht begründete die Vorlage mit der Finanznot des Staates und erklärte, daß, wenn der Landtag diese Vorlage nicht annähme, dann eine Reichsgewerbesteuer kommen werde, die noch weit über die vorliegende hinaus ginge. Von den Vertretern der bürgerlichen Parteien wurde übereinstimmend zum Ausdruck gebracht, daß man sich notgedrungen mit der Gewerbesteuer an sich abfinden müsse, daß man aber die vorgesehenen Steuererläge für zu hoch halte, sobald sie zu einer Erhöhung des Produktionsprozesses und zum Ruin vieler mittelständiger Existenzen führen müsse. Man verlangte die Freilassung des Arbeitseinkommens des gewerblichen Mittelstandes und des Einkommens der freien Berufe und wendete sich entschieden gegen die von der Regierung beabsichtigte Steuerbefreiung der Staats- und Gemeindebetriebe und der Konsumvereine. Von den Rednern der drei sozialistischen Regierungsparteien wurde in der Hauptsache die Forderung auf Steuerbefreiung der Konsumvereine erhoben und zu bestreiten versucht, daß dies zu einer Benachteiligung des Mittelstandes führen müsse.

Die Vorlage wurde dem Rechtsausschuß zur Weiterberatung überwiesen. Nächste Sitzung Freitag, den 3. Juni vormittag 9 Uhr. Tagesordnung: Dienstbezüge der Gemeindebeamten, Grundsteuer.

Aus Sachsen.

Dresden, 3. Juni. Der Geheimrat Prof. Dr. Alfred Flebner, früherer Leibarzt der sächsischen Könige und jahrelanger Leiter des Friedrichstädter Krankenhauses, ist in der vergangenen Nacht im 86. Lebensjahre gestorben. Er war Ehrenbürger der Stadt Dresden und Mitglied vieler wissenschaftlicher Vereinigungen.

Dresden, 3. Juni. Der Kommunist Weimer nicht geflohen! Die „Dresdner Volkszeitung“ meldete vorgestern, daß der in Stuttgart verhaftete frühere kommunistische Landtagsabgeordnete Weimer nach seiner Einlieferung in das Landgericht Dresden erneut geflohen sei. Diese Meldung trifft nicht zu. Weimer befindet sich in Dresden in sicherem Gewahrsam.

Borna b. Chemnitz, 3. Juni. In der Jauchengrube erstickt. Der in dem Gehöft des Gutbesizers Riedel beschäftigte Wirtschaftsgehilfe Otto Hunger stieg auf einer Leiter in die auf dem Hofe befindliche Jauchengrube, um einen in die Grube gefallenen Hosten herauszuholen. Er wurde dabei von Gasen betäubt und stürzte von der Leiter in die Tiefe. Der ihm zu Hilfe kommende Privatmann Rautensberger, der zufällig auf dem Gutshofe anwesend war, wurde ebenfalls von Gasen betäubt und fiel in die Grube. Von den anwesenden Personen wurde zunächst Rautensberger aus der Grube gezogen und durch Wiederbelebungsversuche zum Leben